

LBG

Landwirtschaftliche Bürgschaftsgenossenschaft
des Kantons St.Gallen

Reglement

Inhaltsverzeichnis

I.	Anlagerichtlinien	Seite 2
II.	Bürgschaftsnehmer	Seite 2
III.	Bürgschaftsleistung	Seite 2
IV.	Hilfsfonds	Seite 4
V.	Zeichnungsberechtigungen	Seite 5
VI.	Schlussbestimmung	Seite 6

I. Anlagerichtlinien

Art. 1

Die Anlage der verfügbaren Mittel hat folgende generelle Weisung zu beachten:

- a. Hypotheken innerhalb des Ertragswertes
- b. Mündelsichere Obligationen sowie Bankobligationen der Genossenschafter
- c. Beteiligung an Anlagefonds von Schweizer Banken und Aktien der St.Galler Kantonalbank, wobei der Risikoverteilung eine genügende Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

II. Bürgschaftsnehmer

Art. 2

Die Bürgschaft soll nur bewilligt werden, wenn der Gesuchsteller für richtige Bewirtschaftung seines Betriebes Gewähr bietet und wenn dessen wirtschaftliche Existenz gesichert erscheint.

Art. 3

Der Bürgschaftsnehmer ist verpflichtet, seine Liegenschaft richtig zu unterhalten und eine Buchhaltung nach anerkannten Grundsätzen zu führen.

Die von der Genossenschaft verbürgten Darlehen sind zu amortisieren. Der Bürgschaftsnehmer ist verpflichtet, der Genossenschaft auf ihre Anfrage wahrheitsgetreu Auskunft zu erteilen und ihre Anordnungen zu befolgen.

Art. 4

Die Geschäftsstelle hat die Erfüllung der vom Schuldner eingegangenen Verpflichtungen zu überwachen und nötigenfalls die ihr zweckmässig erscheinenden Sicherungsmassnahmen anzuordnen.

Art. 5

Verletzt der Bürgschaftsnehmer seine übernommenen Verpflichtungen, so kann die Bürgschaftsgenossenschaft vom Gläubiger die Kündigung und rechtliche Geltendmachung der Forderung verlangen.

III. Bürgschaftsleistung

Art. 6

Die in Art. 22 der Statuten festgesetzte obere Grenze für die Bürgschaftsleistung kann nur überschritten werden, wenn die berufliche Tüchtigkeit, die sozialen Verhältnisse des Bürgschaftsnehmers und die örtliche Lage der Liegenschaft ein Ausfallrisiko als äusserst gering erscheinen lassen und die Notwendigkeit des Mittelbedarfs erwiesen ist.

Art. 7

Für Bürgschaften gegenüber Pächtern gilt ein Höchstbetrag von 200'000 Franken.

Art. 8

Bei Bürgschaften gegenüber Pächtern kann als zusätzliche Sicherheit die Abtretung und Pfändung von Versicherungspolicen, der Nachweis des Abschlusses einer ausreichenden Todesfallrisikoversicherung oder eine Rückbürgschaft verlangt werden.

Art. 9

Den Bürgschaftsnehmern kann das Eingehen von Bürgschaften und die Aufnahme von Viehpfanddarlehen untersagt werden.

Art. 10

Die Verwaltung kann Bürgschaftsgesuche ohne Angabe der Gründe ablehnen oder deren Übernahme an besondere Bedingungen und Auflagen knüpfen.

Art. 11

Die Bürgschaftsprämie beträgt für

1. Natürliche Personen

a. Landwirte für:

- langfristige Darlehen bis Fr. 200'000.00 → 0.75%
- über Fr. 200'000.00 → 1.25%
- Baukredite → 0.25%

der verbürgten Summe.

b. Nichtlandwirte für:

- langfristige Darlehen → 2%
- Baukredite → 0.5%

der verbürgten Summe.

Die Minimalprämie beträgt CHF 500.00.

Bei den natürlichen Personen wird die Prämie als Einmalprämie zu Beginn der Laufzeit erhoben.

2. Juristische Personen und gewerbliche Kleinbetriebe

Es wird eine jährliche Bürgschaftsprämie von 1%, berechnet vom jeweiligen Garantiebetrug, erhoben.

Rechnungstellung der Prämien

Einmalprämien und die erste Prämie für Bürgschaften zu Gunsten Juristischer Personen werden vor-schüssig in Rechnung gestellt. Die folgenden Prämien werden Juristischen Personen jeweils im Januar, nach Eingang der Saldomeldung, in Rechnung gestellt und innert 30 Tagen zur Bezahlung fällig.

Bei Geldgebern, die nicht Mitglied der LBG sind, wird zusätzlich zu den vorgenannten Bürgschaftsprä-mien eine Bearbeitungsgebühr von Fr. 800.-- in Rechnung gestellt.

IV. Hilfsfonds

Art. 12

Aus dem Hilfsfonds können Beiträge für folgende Zwecke gewährt werden:

- a. zur Überbrückung finanzieller Notlagen in Familie und Betrieb, als Folge vorübergehender Fami-lienlasten sowie von Krankheit oder Unglück.
- b. für folgende Strukturverbesserungen:
 - Sanierung der Wohn- und Ökonomiegebäude,
 - notwendige innere und äussere Aufstockungen,
 - Erschliessungen durch Strassen, Wasser und Strom.

Beiträge gemäss lit. b sind vor allem für Betriebe in der Hügel- und Bergzone vorgesehen.

Art. 13

Für die Beitragsleistung gelten folgende Voraussetzungen:

- a. die berufliche und wirtschaftliche Existenz der Familie muss langfristig gesichert sein,
- b. persönliche Initiative und zumutbare Selbsthilfe durch den Beitragsempfänger und seine Familie,
- c. die Massnahme soll eine optimale Lösung der Probleme bringen, jedoch einfach sein,
- d. die Massnahme kann ohne diesen zusätzlichen Beitrag nicht verwirklicht werden,
- e. die übrigen gesetzlichen Beitragsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft sein.

Art. 14

Ein Rechtsanspruch auf eine Beitragsleistung besteht nicht. Die Entscheide sind endgültig, eine Wei-terzugsmöglichkeit besteht nicht.

Art. 15

	Einzelzeichnungsberechtigung	Kollektiv zu zweien	
Bank-/Postverkehr		Geschäftsführer mit → oder Geschäftsführer Stv. mit →	Präsident / Vizepräsident / Rechnungsführer Präsident / Vizepräsident / Rechnungsführer
Bürgschaftsverträge bis Fr. 200'000.00	Geschäftsführer oder Geschäftsführer Stv.		
Bürgschaftsverträge ab Fr. 200'001.00		Geschäftsführer mit → oder Geschäftsführer Stv. mit →	Präsident / Vizepräsident Präsident / Vizepräsident
Grundbuchverkehr		Geschäftsführer mit → oder Geschäftsführer Stv. mit →	Präsident / Vizepräsident Präsident / Vizepräsident

VI. Schlussbestimmung

Art. 16

Dieses Reglement wurde vom Vorstand der LBG an der Sitzung vom 25. Juni 2008 genehmigt.

Der Vorstand beschliesst an seiner Sitzung vom 14. Februar 2024 die Änderung von Art. 11.
Die Änderung tritt per 1. Januar 2024 in Kraft.

St.Gallen, 14. Februar 2024

Landwirtschaftliche Bürgschaftsgenossenschaft des Kantons St.Gallen

Beat Tinner
Präsident

Bruno Inauen
Geschäftsführer